

Staatssekretariat für Bildung, Forschung und
Innovation SBFI
Isabelle Schenker
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

isabelle.schenker@sbfi.admin.ch

Bern, 31. März 2021

**Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über Beiträge für die ECLF
in Bern: Stellungnahme des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) begrüsst den Bundesratsentscheid am Bundesbeitrag an den Kanton Bern zur Führung der kantonalen Schule französischer Sprache (ECLF) in Bern festzuhalten und nun eine Totalrevision des Bundesgesetzes über Finanzhilfen an die ECLF zu unterbreiten, welche den heutigen subventionsrechtlichen Anforderungen entspricht.

Die Sprachenvielfalt in der Schweiz ist förderungswürdig. Minderheiten sollen Zugang haben zu qualitativ hochwertigem Unterricht in ihrer Erstsprache. Insbesondere in einem zweisprachigen Kanton wie Bern. Es ist auch – aber nicht nur – im Interesse der Angestellten der Bundesverwaltung und von bundesnahen Organisationen, dass Kinder in der Bundeshauptstadt eine französischsprachige Schule besuchen können. Aus diesen Gründen ist es gerechtfertigt, dass sich der Bund weiterhin mittels Finanzhilfen an den Betriebskosten beteiligt.

Wir stellen fest, dass sich der Bund künftig nur noch an Betriebskosten beteiligen will, aber nicht mehr an Bauinvestitionen für ein allfälliges neues Schulgebäude (Art. 4, Abs. 1).

Für den SGB ist zentral, dass die neue Definition der Höhe und Bemessung der Finanzhilfen durch den Bund (Art. 4, Abs. 1 und 2) nicht zu versteckten Einsparungen führen darf, welche zulasten des Personals gehen und letztendlich der Bildungsqualität schaden (sofern die Differenz nicht vom Kanton ausgeglichen würde).

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Nicole Cornu
Zentralsekretärin